

16.09.85

Wi

— 1 —

Empfehlungen

der Ausschüsse

zur

EntschlieÙung des Bundesrates zur Sicherung einer leistungs-
fähigen inländischen Mineralölverarbeitung
- Antrag der Freien und Hansestadt Hamburg -

Punkt der 554. Sitzung des Bundesrates am 27. September 1985

Der federführende Wirtschaftsausschuß

empfiehlt dem Bundesrat, die EntschlieÙung in nachstehender Form
zu fassen:

1. Der Bundesrat betrachtet mit großer Sorge den verstärkten Abbau von Raffineriekapazitäten in der Bundesrepublik Deutschland. Angesichts der in jüngster Zeit durchgeführten bzw. angekündigten Raffineriestillegungen besteht die Gefahr, daß die Bundesrepublik Deutschland als einziger EG-Staat mit traditionell bedeutsamer Mineralölverarbeitung den inländischen Bedarf an Mineralölprodukten nicht mehr überwiegend aus eigener Verarbeitung decken können und zunehmend von Produktenimporten abhängig wird.

Nach Auffassung des Bundesrates muß vermieden werden, daß die deutsche Mineralölwirtschaft bei den notwendigen Strukturanpassungsmaßnahmen einseitig Anpassungslasten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu tragen hat.

2. Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme vom 14. Juni 1985 zur "Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat über die Situation der Raffinerieindustrie und die Auswirkungen der Lieferungen von Erdölprodukten aus Drittländern" - Drucksache 155/85 (Beschluß) - nachdrücklich betont, daß die inländische Rohölverarbeitung auch künftig das Rückgrat der Versorgung bilden muß. Er mißt deshalb einer ausreichenden und leistungsfähigen Mineralölverarbeitungskapazität aus Gründen der Sicherheit der Energieversorgung, der Rohstoffversorgungssicherheit der - insbesondere chemischen - Industrie wie auch unter Beschäftigungsaspekten eine volkswirtschaftlich hohe Bedeutung bei. Der Bundesrat hält die deutsche Mineralölindustrie für fähig, sich im freien Wettbewerb gegen die internationale Konkurrenz behaupten zu können, stellt aber zugleich fest, daß Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft - insbesondere hinsichtlich des freien Marktzugangs und der nationalen Umweltauflagen - vor allem die deutsche Mineralölverarbeitung belasten.

3. Der Bundesrat begrüßt die bisherigen, auf den Abbau von Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EG-Ölmärkte gerichteten Bemühungen der Bundesregierung. Er erhofft von der auf Drängen der Bundesregierung durch die EG-Kommission zugesagten vergleichenden Analyse über Art und Auswirkungen unterschiedlicher nationaler Umweltauflagen auf die europäische Mineralölindustrie politisch verwertbare Ansatzpunkte. Der Bundesrat appelliert an die Bundesregierung, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit das Problem des national unausgewogenen Kapazitätsabbaus in der europäischen Mineralölverarbeitung unverzüglich einer Lösung näher gebracht wird.

4. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, eine Strategie zu entwickeln, wie die aus Gründen der nationalen Versorgungssicherheit unverzichtbare Leistungsfähigkeit der inländischen Mineralölindustrie gesichert werden soll. Ohne den Ergebnissen einer solchen Strategie vorgreifen zu wollen, hält es der Bundesrat für erforderlich, daß sich die Bundesregierung unverzüglich auf EG-Ebene für folgende Forderungen einsetzt:
 - a) Hinwirken auf eine ausgewogene Verteilung des noch notwendigen Abbaus von Destillationskapazitäten auf alle Mitgliedstaaten im Sinne einer gerechten Lastenverteilung unter Einsatz marktgerechter Mittel und in Kooperation mit der Mineralölwirtschaft;
 - b) Festlegung eines verbindlichen Fahrplanes, innerhalb dessen die nationalen Maßnahmen zum Schutze der inländischen Mineralölverarbeitung in den betroffenen EG-Mitgliedstaaten abgebaut werden;
 - c) Erweiterung des Auftrages an die EG-Kommission dahingehend, daß - jeweils so schnell wie möglich - zunächst der Bericht über die Auswirkungen unterschiedlicher nationaler Umweltauflagen für die Mineralölindustrie und dann konkrete Vorschläge zur Harmonisierung der Bestimmungen vorgelegt werden.
5. Darüber hinaus bittet der Bundesrat die Bundesregierung, Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, wie im Falle unzureichender Fortschritte beim Abbau von Wettbewerbsverzerrungen auf den EG-Ölmärkten eine leistungsfähige inländische Mineralölverarbeitung gesichert werden kann.